



37/2011

Kiel, 21. März 2011

Themen der Plenarsitzung: Zukunft der Atomkraft und Wahlgesetz

Kiel (SHL) – Zu seiner nächsten Tagung kommt der Landtag ab Mittwoch, 23. März, 10:00 Uhr, im Plenarsaal in Kiel zusammen. Im Zentrum der Plenarsitzung stehen die Debatte um die Zukunft der Atomenergie und die Verabschiedung des Schleswig-Holsteinischen Wahlgesetzes. Nähere Informationen zu allen Tagesordnungspunkten (TOP) mit Diskussion im Plenum enthält die folgende Vorschau in der Reihenfolge des geplanten Aufrufs der Themen. Den aktuellen Verlauf der Plenartagung begleitet plenum-online, die Internet-Zeitung des Landtages. Sie kann unter www.sh-landtag.de aufgerufen werden.

Mittwoch, 23. März, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 1 A, 20 und 28 Regierungserklärung „Energiepolitik für Schleswig-Holstein - verantwortlich und nachhaltig“ und Anträge:

- Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur Verfassungsklage gegen die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke, Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/1360)

- Tschernobyl mahnt uns: Atomkraftwerke abschalten! Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/1368), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 140 Minuten.

Die Atom-Katastrophe in Japan hat zu einer Kehrtwende der schwarz-gelben Energiepolitik geführt – nun sollen die älteren deutschen AKW schnell vom Netz. Vor diesem Hintergrund gibt Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) im Landtag eine Regierungserklärung unter der Überschrift „Energiepolitik in Schleswig-Holstein – verantwortlich und nachhaltig“ ab. In den letzten Tagen hat sich die Landesregierung für einen verstärkten Netzausbau für Windstrom ausgesprochen. Zudem hat Schleswig-Holstein vom Bund gefordert, eine unabhängige Expertenkommission einzurichten, die eine Risikoanalyse der deutschen Atommeiler vornehmen soll.

Die Grünen rufen die Landesregierung auf, sich der Klage von fünf SPD-geführten Bundesländern gegen die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke anzuschließen, SPD und SSW wollen den rot-grünen Atomkonsens von 2002 wiederbeleben, und die Linken erinnern an das Unglück von Tschernobyl vor 25 Jahren.

Thema Laufzeiten: Als Reaktion auf die Ereignisse im japanischen AKW Fukushima hat die Bundesregierung die Verlängerung der Laufzeiten für die deutschen Atomkraftwerke Mitte März für drei Monate auf Eis gelegt. Insgesamt acht Meiler sollen für diese Zeit vom Netz. Hierunter fallen auch die beiden schleswig-holsteinischen Reaktoren in Brunsbüttel und Krümmel, die allerdings seit einer Pannenserie im Sommer 2007 ohnehin fast durchgehend stillstehen.

Die Opposition wirft der Bundesregierung Unglaubwürdigkeit vor, weil Schwarz-Gelb erst im letzten Dezember den Atomausstieg gestoppt und längere Laufzeiten beschlossen hatte. Zudem könne die Regierung nicht beliebig bereits beschlossene Gesetze außer Kraft setzen. Die Regierung beruft sich bei ihrem dreimonatigen Moratorium auf Paragraph 19 des Atomgesetzes. Dort ist geregelt, dass AKW in Notsituationen stillgelegt werden können.

Die Grünen im Landtag erinnern in diesem Zusammenhang an die Klage, die Rheinland-Pfalz, Berlin, Brandenburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen Ende Februar beim Bundesverfassungsgericht eingereicht haben. Die fünf Länder wehren sich dagegen, dass die Bundesregierung das Laufzeitplus ohne Zustimmung des Bundesrates beschlossen hatte, in dem Schwarz-Gelb keine Mehrheit hat.

Thema Atomkonsens: Nach den Ereignissen in Japan pocht die Opposition in Bund und Land auf eine Wiederbelebung des Atomkonsenses. Diese Einigung über einen allmählichen Ausstieg Deutschlands aus der Nutzung der Kernenergie erzielten die damalige rot-grüne Bundesregierung und die Stromindustrie nach langen Verhandlungen. Darin werden die Restlaufzeiten der Kraftwerke festgelegt.

CDU und FDP hatten im vergangenen Dezember entschieden, den 17 deutschen Atomkraftwerken acht bis 14 Jahre zusätzliche Produktionszeit zu gewähren. Damit wurde der von der rot-grünen Bundesregierung ausgehandelte Atomausstieg gekippt. Auch die drei schleswig-holsteinischen AKW wären demnach länger in Betrieb: Brunsbüttel bis 2020 (statt, wie bislang geplant, bis 2012), Krümmel und Brokdorf bis 2033 (statt 2020).

Thema Tschernobyl: Anlässlich des 25. Jahrestages der Reaktorkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl am 25. April rufen die Linken alle Bürger dazu auf, sich an diesem Tag an Anti-Atom-Demonstrationen zu beteiligen. Nach dem Super-GAU in der Sowjetunion waren 1986 große Mengen an radioaktivem Material in die Luft geschleudert, die sich in weite Teile Europas verteilten. Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation zufolge starben bis zu 4.000 Menschen an den langfristigen Folgen der radioaktiven Strahlung.

TOP 21 und 22 Bericht und Antrag zur Zukunft der Justizvollzugsanstalten in Flensburg und Itzehoe, Anträge der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/1361neu, 17/1362neu), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Um den Haushalt zu konsolidieren, will die Landesregierung die beiden kleinen Justizvollzugsanstalten in Flensburg und Itzehoe schließen – die in Flensburg bereits 2013. Hiergegen regten sich Proteste, auch innerhalb der Regierungsfractionen. Vor diesem Hintergrund hat sich der Landtag im Dezember auf eine Atempause verständigt. Im laufenden Jahr sollen keine „finanzwirksamen Maßnahmen“ zur Schließung des Flensburger Gefängnisses eingeleitet werden.

Nun haken die Linken nach, wie es mit der Finanzierung der Vollzugsanstalten in diesem Jahr konkret aussieht – fließt etwa Geld nach Kiel, Lübeck oder Neumünster, das dann in Flensburg oder Itzehoe fehlen könnte? Und: Sie rufen die Landesregierung auf, gemeinsam mit Justiz und Politik über Alternativen zur Schließung zu sprechen.

TOP 6 Gesetzentwurf zur Änderung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes, Erste Lesung, Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, B´90/DIE GRÜNEN und SSW (Drs. 17/1359), geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

SPD, Grüne und SSW wollen ökologische Prinzipien in der Landesentwicklung und der Raumplanung festschreiben. Kernpunkte: Mehr Windkraft, mehr Energie-Effizienz und ein umweltschonender Netzausbau. Und: Nachdem sich der Landtag im Februar einstimmig gegen die umstrittene CCS-Technik zur unterirdischen Kohlendioxid-Speicherung ausgesprochen hat, wollen die drei Oppositionsfractionen nun die Kohlekraft weiter zurückdrängen.

Der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung soll verringert werden, heißt es in dem Entwurf zur Änderung des Landesentwicklungsgrundsätze-Gesetzes. Der Wirkungsgrad bestehender Kohlekraftwerke soll zudem durch Kraft-Wärme-Kopplung, also die Nutzung des Dampfes zum Heizen, erhöht werden. Zudem sollen der sparsame Flächenverbrauch, mehr Windanlagen sowie der Vorrang von Erdkabeln gegenüber Freileitungen in dem Gesetz aus dem Jahr 1995 verankert werden.

Die Grünen hatten einen ähnlichen Vorstoß zur Umschreibung dieses Gesetzes bereits im November 2008 unternommen. Wegen des vorzeitigen Endes der Wahlperiode gab es hierüber keine endgültige Beschlussfassung.

TOP 18 Rücknahmequote für gebrauchte Energiesparlampen erhöhen, Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/1356), geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Energiesparlampen gelten als Strom sparende Alternative zur traditionellen Glühbirne, aber sie enthalten auch giftiges Quecksilber. Landen die Altlampen im Hausmüll, können sie die

Umwelt belasten. Die Grünen bemängeln nun, dass viele Lampen nicht fachgerecht entsorgt würden - 2008 zum Beispiel nur circa jede dritte. Die Grünen rufen die Landesregierung daher auf, sich für ein verbessertes Rücknahmesystem einzusetzen.

Nach Willen der Oppositionsfraktion soll die Regierung alle Sammelstellen im Land untersuchen, um Lücken im Rücknahmesystem aufzudecken. Zudem müssten die Bürger informiert werden, wo die Energiesparlampen zurückgegeben werden können - und vor allem darüber, wie gefährlich eine falsche Entsorgung sein kann.

TOP 9 Erfahrung mit der Umsetzung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in Schleswig-Holstein, Große Anfrage der Fraktion der SPD (Drs. 17/863), Antwort der Landesregierung (Drs. 17/1248), Federführend ist das Finanzministerium, geplanter Aufruf 16:45 Uhr, geplante Redezeit 40 Minuten

Drei Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens zieht die Landesregierung eine „eindeutig positive“ Bilanz: Die Akzeptanz für strenge Auflagen sei groß, und befürchtete Umsatzeinbußen in der Gastronomie seien ausgeblieben. Das geht aus der Antwort auf eine Große Anfrage der SPD hervor.

„Das Schleswig-Holsteinische Gesetz zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens trifft auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung, eine adäquate Aufgabenwahrnehmung durch die Vollzugsebene ist gegeben und der beabsichtigte Paradigmenwechsel in friedlicher Koexistenz zwischen Rauchern und Nichtrauchern ist bereits weit vorangeschritten“, heißt es in dem Papier des Sozialministeriums. Darüber hinaus wird festgestellt, dass es beispielsweise nach Aussage des Hotel- und Gaststättenverbandes DEHOGA durch den strengeren Nichtraucherschutz in Gaststätten, Restaurants und Diskotheken nicht zu den befürchteten Umsatzeinbußen gekommen sei. Ein „Kneipensterben“ habe es nicht gegeben.

Donnerstag, 24. März, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 3 Gesetzentwürfe zur Änderung der Verfassung und zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein, Zweite Lesung, Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD und B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/669neu), Gesetzentwurf der Fraktionen B´90/DIE GRÜNEN und des SSW (Drs. 17/1047neu), Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE. (Drs. 17/1122), Gesetzentwurf der Fraktion der SPD (Drs. 17/1070neu), Gesetzentwurf der Fraktionen CDU und FDP (Drs. 17/1081), Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses (Drs. 17/1371), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 60 Minuten

Nach monatelanger Diskussion bekommt Schleswig-Holstein ein neues Wahlgesetz. CDU, SPD und FDP haben sich auf eine gemeinsame Linie verständigt, wie die Vorgaben des Landesverfassungsgerichts aus dem letzten August umgesetzt werden sollen. Die Schles-

wiger Richter hatten das alte Wahlrecht für verfassungswidrig erklärt und Nachbesserungen bis spätestens Mai dieses Jahres gefordert.

Zudem einigten sich Union, Sozialdemokraten und Liberale auf den 6. Mai 2012 als Termin für die vorgezogene Landtagswahl. Sie kommen damit ebenfalls einer Vorgabe des Verfassungsgerichts nach. Das Gericht hatte wegen des verfassungswidrigen Wahlgesetzes einen vorzeitigen Urnengang bis spätestens September 2012 gefordert.

Bei Grünen, Linken und SSW ist die Wahlrechts-Einigung auf scharfe Kritik gestoßen: Auch die neuen Bestimmungen könnten zur Folge haben, dass der Landtag seine Sollstärke von 69 Abgeordneten weit überschreitet. Derzeit sitzen wegen Überhang- und Ausgleichsmandaten 95 Parlamentarier im Haus an der Förde.

Die Eckpunkte von CDU, SPD und FDP:

- Die Sollgröße von 69 Abgeordneten im schleswig-holsteinischen Landtag wird aus der Landesverfassung gestrichen und dafür ins Wahlgesetz eingefügt. Damit soll verhindert werden, dass das neue Gesetz erneut vor dem Verfassungsgericht angefochten wird, falls nach der Wahl mehr als 69 Abgeordnete im Landtag sitzen sollten.

- Die 69 Mandate setzen sich aus 35 Wahlkreisabgeordneten (bisher 40) und 34 Listenplätzen zusammen. Die hohe Zahl von 40 Wahlkreisen bei 29 Listenmandaten hat nach der letzten Wahl im September 2009 zu zahlreichen Überhang- und Ausgleichsmandaten geführt.

- Künftig werden die Wählerstimmen nicht mehr nach dem Zählverfahren d'Hondt, sondern nach Sainte Laguë/Schepers in Mandate umgerechnet. Dies gilt als gerechter und beseitigt die bisherige Ungerechtigkeit bei der Stimmenausswertung zugunsten größerer Parteien.

- Das Zwei-Stimmen-Wahlrecht bleibt erhalten, obwohl CDU und SPD zuvor eine Rückkehr zum Einstimmenrecht erwogen hatten. Das Stimmensplitting, also die Möglichkeit, Erst- und Zweitstimme an verschiedene Parteien zu vergeben, gilt als eine weitere Ursache für das Anwachsen des Landtages.

- Es erfolgt ein „Vollausgleich“ von Überhangmandaten. Bisher stand ein umstrittener Passus im Wahlgesetz, der eine „Deckelung“ der Ausgleichsmandate ermöglichte. Konsequenz: Nicht alle CDU-Überhangmandate wurden nach der letzten Wahl durch Ausgleichsmandate für die anderen Parteien verrechnet. Dadurch hat Schwarz-Gelb eine Einstimmenmehrheit im Landtag, obwohl die Opposition mehr Wählerstimmen errungen hatte. Auch dies hatte das Verfassungsgericht bemängelt.

- Wahlkreise können künftig nach ihrer Einwohnerzahl nur noch um maximal 20 Prozent größer oder kleiner sein als der Durchschnitt aller Wahlkreise. Bisher waren es 25 Prozent. Auch diese Regelung geht auf eine Empfehlung des Verfassungsgerichts zurück.

TOP 12 Für ein friedliches und solidarisches Schleswig-Holstein, Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/1289), geplanter Aufruf 11:00 Uhr, geplante Redezeit 30 Minuten

Am 26. März wollen Rechtsextreme in Lübeck mit einem Aufmarsch an die alliierten Bombenangriffe in der Nacht vom 28. auf den 29. März 1942 erinnern. Der Luftangriff in der Nacht zum Palmsonntag zerstörte Lübecks Stadtkern und verursachte tagelange Brände. Für die Linken ist die Demonstration der Rechtsextremisten ein Missbrauch dieses Gedenkens.

Die Linksfraktion ruft zu friedlichen Demonstrationen und Blockaden am 26. März in Lübeck auf, um gegen den Aufmarsch der Rechten zu demonstrieren. Sie fordern alle Fraktionen auf, sich gegen Fremdenhass und die Verherrlichung des Krieges einzusetzen. Gesellschaftliches Engagement für die Wahrung von Freiheit und Demokratie müsse unterstützt und gefördert werden, so die Linken. Sie befürworten das breite Bündnis an Gegenemonstranten, das sich aus Vertretern von Kirchen, Parteien, Verbänden und Initiativen zusammensetzt.

TOP 11 Beteiligung des Landes an der Planungsgesellschaft für den Bau einer StadtRegionalBahn (SRB) in der Kieler Region, Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/1285), geplanter Aufruf 11:30 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Seit Jahren wird im Großraum Kiel über den Bau einer Stadtregionalbahn (SRB) diskutiert, die den Personenverkehr um die Landeshauptstadt herum von der Straße auf die Schiene verlagern und zugleich beschleunigen soll. Zwar hat die Landesregierung mehrfach ihre grundsätzliche Unterstützung für das Projekt signalisiert, unter anderem im Nahverkehrsplan 2009 (PLO März 09). Anfang Februar hat das Wirtschaftsministerium jedoch klargestellt, das Land werde sich nicht an der SRB-Planungsgesellschaft beteiligen, weil es sich nicht in kommunale Belange einmischen wolle. Hier geht die Grünen-Landtagsfraktion nun auf Gegenkurs.

Die SRB habe eine hohe „landespolitische Bedeutung“, so die Oppositionsfraktion, denn sie decke einen überregionalen Verkehrsraum ab. Zudem würde die Stadtbahn nach Überzeugung der Grünen Strecken übernehmen, die zurzeit von der Deutschen Bahn oder der Nord-Ostsee-Bahn bedient werden. Und dies würde die Landeskasse entlasten, denn das Land zahlt derzeit so genannte Regionalisierungsmittel dafür, dass die DB oder die NOB für einen regelmäßigen Zugverkehr im Lande sorgt.

TOP 14 und 30

Anträge:

- **Ausreichend Studienanfängerplätze sicherstellen**
- **Strukturen für zusätzliche StudienanfängerInnen schaffen**

Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/1338), Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/1372), geplanter Aufruf 12:05 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Nachdem der Bundestag die Wehrpflicht zum 1. März dieses Jahres ausgesetzt hat, werden viele junge Männer nicht mehr in die Kasernen, sondern an die Unis strömen. Darauf weisen Grüne und Linke hin. Sie fordern die Landesregierung auf, zusätzliche Studienplätze zur Verfügung zu stellen und zu finanzieren.

Die Grünen gehen davon aus, dass innerhalb der nächsten vier Jahre 1.263 zusätzliche neue Studienplätze im Lande nötig sind. Damit würde die Gesamtzahl der neu zu schaffenden Studienplätze weiter ansteigen. Denn: Im Hochschulpakt II hat sich Schleswig-Holstein bereits verpflichtet, bis 2015 insgesamt 9.687 neue Stellen zu schaffen.

Deswegen drücken die Grünen aufs Tempo. Noch im laufenden Jahr sollen 680 Studienanfängerplätze eingerichtet werden, 2012 sollen es noch einmal 346 sein. Um das zu finanzieren wiederholt die Oppositionsfraktion ihre Forderung, die Grunderwerbssteuer rasch von 3,5 auf fünf Prozent des Kaufpreises einer Immobilie anzuheben. Nach Vorstellung der Grünen soll die Erhöhung zum Dezember dieses Jahres greifen. Schwarz-Gelb will hier zwar auch an der Steuerschraube drehen, allerdings erst Anfang 2013. Die Grunderwerbssteuer ist die einzige Steuer, über die die Länder eigenverantwortlich entscheiden können.

TOP 15 Deutliches Bekenntnis für die Universität Flensburg, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. 17/1347), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

In Zeiten knapper Kassen erwägt die schwarz-gelbe Koalition, die wirtschaftswissenschaftlichen Studiengänge an der Uni Flensburg mit ihren 900 Studienplätzen zu schließen. Seit dieser Plan der Haushaltsstrukturkommission im letzten Jahr bekannt wurde, hagelt es Proteste an der dänischen Grenze. Nun wendet sich der SSW erneut an die Landesregierung: Sie solle „sicherstellen, dass die Universität Flensburg mit ihrem derzeitigen Profil langfristig bestehen bleibt“. Zudem fordert der SSW „Zeit und Raum für eine Neuorientierung und Konsolidierung“.

Medienberichten zufolge will die Landesregierung spätestens Anfang Mai einen Beschluss fassen. Bis dahin soll noch im März ein Abschlussgespräch mit der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen (WKN) geführt werden, die die Hochschule im Auftrag des Wissenschaftsministeriums begutachtet hat. Dabei hatte die WKN die Lage der Uni als „schwierig“ eingestuft. Von einer Schließung der Wirtschaftsfakultät riet sie aber ab und forderte stattdessen sogar, die Wirtschaftswissenschaften ins Forschungsprofil der Uni aufzunehmen.

TOP 13 und 46 Anträge:

- Schuldner- und Insolvenzberatung stärken

- Auswirkung der Liberalisierung des Glücksspiels auf das Suchtverhalten

Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/1332, 17/1079neu), Bericht der Landesregierung (Drs. 17/1348), Federführend ist das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit, geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 40 Minuten

Die schwarz-gelbe Koalition will private Sportwetten zulassen und wieder mehr Werbung für Lotto erlauben. Würden dadurch mehr Menschen spielsüchtig werden? Hier haken die Grünen nach. Sie haben die Landesregierung aufgefordert, die möglichen Auswirkungen eines liberalisierten Glücksspielmarktes auf das Suchtverhalten darzulegen. Zudem fordern die Grünen die Landesregierung auf, die Schuldnerberatung im Lande auszubauen.

Thema Glücksspiel: Nach Angaben des Sozialministeriums liegen noch keine belastbaren Zahlen über krankhaftes Glücksspiel in Deutschland vor. In den nächsten Wochen werden erste Ergebnisse einer wissenschaftlichen Studie hierzu erwartet, die unter anderem an der Uni Lübeck erstellt wird. Fest steht allerdings: Immer mehr Schleswig-Holsteiner wenden sich an eine der 78 Suchtberatungsstellen im Lande. 2009 waren es 509 Personen, im Jahr 2001 waren es hingegen nur 202. Neun von zehn Spielsüchtigen sind Männer, viele haben einen Migrationshintergrund. Auch die AOK im Lande und die Fachklinik Nordfriesland haben in den vergangenen Jahren mehr Spielsüchtige verzeichnet.

Die Landesregierung gibt allerdings zu bedenken, dass der Grund für eine größere Zahl an Spielsüchtigen nicht automatisch ein offener Glücksspielmarkt sein müsse. Dies belegten die Erfahrungen aus Frankreich, Italien und Großbritannien, wo es zum Teil deutlich mehr Anreize zum Zocken gibt als in Deutschland.

Thema Schuldnerberatung: 6.273 Schleswig-Holsteiner haben im vergangenen Jahr Privatinsolvenz angemeldet, weil sie ihre Schulden nicht mehr bezahlen konnten – eine Steigerung von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Das geht aus einer im Februar veröffentlichten Studie hervor. Vor diesem Hintergrund wollen die Grünen unter anderem besondere Beratungsangebote für Selbständige sowie für Kinder und Jugendliche einrichten. Generell müsse den Bürgern Hilfe angeboten werden, bevor sie in Hartz IV oder Sozialhilfe abrutschen. Um Zusatzangebote zu finanzieren, wollen die Grünen einen Teil der Einnahmen, die das Land aus Lotto und Glücksspielabgaben erhält, fest in die Insolvenzberatung umlenken.

TOP 16 Keine anlasslose Speicherung aller Telefon- und Internetverbindungsdaten, Antrag der Fraktion B'90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/1354), geplanter Aufruf 16:15 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Auch bei einer Neuregelung der Vorratsspeicherung von Telefon- und Internetverbindungen müssen die Bürgerrechte und die Privatsphäre streng beachtet werden. Darauf drängen die Grünen. Die Landesregierung müsse sich gegenüber Bund und EU dafür einsetzen, dass eine „massenhafte Datenspeicherung“ zukünftig nicht mehr möglich sei. Stattdessen setzen die Grünen auf das so genannte „Quick-Freeze“-Verfahren, bei dem die Strafverfolgungsbehörden nur bei konkretem Verdacht und mit richterlicher Genehmigung auf Verbindungsdaten zugreifen dürfen.

Die Vorratsdatenspeicherung ist in Deutschland zum Jahresanfang 2007 in Kraft getreten, liegt aber seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) aus dem März 2010 auf Eis.

TOP 17 Statistiken den Ministerien zuordnen, Antrag der Fraktion des SSW (Drs. 17/1355), geplanter Aufruf 16:50 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Wenn ein Ministerium beim Statistikamt Nord Zahlenmaterial anfragt, dann soll es hierfür auch selbst die Kosten übernehmen. Das fordert der SSW und bezieht sich dabei auf einen entsprechenden Beschluss des Finanzausschusses aus dem November 2006. Obwohl sowohl die Finanzexperten im Parlament als auch der Landesrechnungshof diese so genannte „Ressort-Etatisierung“ seit langem fordern, sei bislang aber nichts geschehen, moniert nun der SSW.

Die direkte Verantwortung eines Ministeriums für das Datenmaterial könne Geld sparen, so die Oppositionsfraktion weiter: „Nur, wenn die einzelnen Ministerien für die Kosten von Statistiken verantwortlich sind, werden diese auch bestrebt sein, die Erstellung von Statistiken auf das notwendige Maß zu reduzieren.“ Nun soll die Landesregierung zum nächsten Landeshaushalt, der 2013 in Kraft tritt, ihre Abrechnungen umstellen.

Bislang übernimmt das Innenministerium die Kosten für alle anderen Ressorts mit und überweist das Geld an die Hamburger Innenbehörde, die wiederum die Abrechnung mit dem Statistikamt Nord vornimmt. Dieses Verfahren besteht, nachdem Schleswig-Holstein und Hamburg ihre Statistischen Landesämter im Jahr 2004 zusammengelegt haben. Die Landesregierung hat eine Umstellung zwar bereits zum Haushaltsjahr 2007 zugesagt. Das Problem sei jedoch, dass eine Einzelabrechnung bei ressortübergreifenden Statistiken schwierig sei.

Freitag, 25. März, 10:00 bis 18:00 Uhr

TOP 31 und 32

- Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungs- und Berufsabschlüssen

- Fachkräftepotenziale besser nutzen

Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/1374), Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/1375), geplanter Aufruf 10:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Der Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft kann auch durch Zuzug aus dem Ausland bekämpft werden. Davon sind sowohl die Regierungsfractionen CDU und FDP als auch die Oppositionsfraktion der Linken überzeugt.

Die Linken wollen erreichen, dass ausländische Bildungs- und Berufsabschlüsse schneller und unkomplizierter anerkannt werden. Migranten werde der Zugang zum Arbeitsmarkt derzeit enorm erschwert, so ihre Kritik. Die ausländischen Abschlüsse nicht anzuerkennen,

sei eine „systematische Diskriminierung“. Die Oppositionsfraktion fordert die Regierung auf, sich bei der Kultusministerkonferenz und im Bundesrat für die Überarbeitung des entsprechenden Bundesgesetzes stark zu machen.

Auch **CDU und FDP** bitten die Landesregierung, sich beim Bund für Mittel einzusetzen, um Beratungsstellen und Maßnahmen zur Nachqualifizierung finanzieren zu können. Sie begrüßen, dass die Bundesregierung das Verfahren zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen erleichtern wolle.

Schwarz-Gelb befürwortet zudem die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU, und sie rufen die Regierung auf, sich beim Bund und auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Arbeitnehmerfreizügigkeit auf alle EU-Staaten erweitert wird. Derzeit sind beispielsweise die Neumitglieder Rumänien und Bulgarien noch außen vor. Eine weitere Bitte an die Landesregierung betrifft das Aufenthaltsgesetz. Die Regierungsfractionen schlagen vor, die Einkommensgrenze abzusenken. Derzeit muss eine ausländische Fachkraft einen Job mit 66.000 Euro Bruttoverdienst pro Jahr nachweisen, um in Deutschland bleiben zu können.

TOP 48 Runder Tisch Heimerziehung auf Bundesebene, Antrag der Fraktionen von CDU und FDP(Drs. 17/939), Mündlicher Bericht der Landesregierung, Federführend ist das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit, geplanter Aufruf 10:35, geplante Redezeit 35 Minuten

Schläge, Demütigungen und Zwangsarbeit waren in den 50er und 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts in vielen Kinderheimen an der Tagesordnung – auch in Schleswig-Holstein. Ein Runder Tisch in Berlin hat versucht, die Geschehnisse aufzuarbeiten und stellt eine Entschädigung der Opfer in Aussicht. Aber noch sind nicht alle Beteiligten mit dem Kompromiss einverstanden. Auf Antrag von CDU und FDP stellt die Landesregierung den aktuellen Stand vor.

Der Entschädigungsfonds für misshandelte Heimkinder soll möglichst noch in diesem Jahr eingerichtet werden. Dieses Ziel nannten Mitte Januar in Berlin Vertreter aller Bundestagsfraktionen, als der Abschlussbericht des Runden Tisches an Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU) übergeben wurde.

TOP 24 Trennung von öffentlicher Aufgabe / wirtschaftlichen Interessen bei der Genehmigung und Kontrolle von Sondermüllbeseitigung GOES umstrukturieren, Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/1364), geplanter Aufruf 11:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Grünen wollen mehr staatliche Aufsicht bei der Entsorgung von Sondermüll. Deshalb wollen sie die Gesellschaft für die Entsorgung von Sonderabfällen (GOES) in Neumünster komplett in die öffentliche Hand überführen. Die Grünen monieren, dass die Beteiligung der Privatwirtschaft an den hoheitlichen Aufgaben der Sondermüll-Entsorgung die „Gefahr eines Interessenkonflikts“ in sich birgt.

Die GOES ist die zentrale Stelle für die Sonderabfallentsorgung in Schleswig-Holstein. Land und Kommunen halten mit 51 Prozent die Mehrheit der Anteile. Weitere Gesellschafter sind Betriebe der Abfallwirtschaft sowie die Wirtschaftskammern. Das Unternehmen genehmigt Entsorgungsanträge, prüft Begleitscheine und erstellt Abfallstatistiken. Ziel ist nach eigener Darstellung die „Optimierung der Vermeidung, der Verwertung und sonstigen Entsorgung der Sonderabfälle“. Die Gesellschaft existiert seit 1994.

TOP 25 und 29

- Studium und Familie besser vereinbar machen

- Gleiche Chancen und "Tatsächliche Wahlmöglichkeiten" von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft

Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/1365), Antrag der Fraktion DIE LINKE (Drs. 17/1369), geplanter Aufruf 11:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Der Landtag befasst sich mit zwei Anträgen der Opposition zur Familienpolitik: Die Sozialdemokraten wollen, dass das Studieren mit Kind in Schleswig-Holstein einfacher wird. Und die Linken fordern einen Länderfinanzausgleich für Frauenhäuser.

Thema Studium mit Kind: Die Hochschulen im Norden sollen dafür sorgen, dass sich Familie und Studium besser vereinbaren lassen, so die Sozialdemokraten. Sie wollen, dass das Betreuungsangebot für Kinder von Studenten aber auch von Nachwuchsforschern ausgebaut wird. Zum anderen müsse es an den Unis mehr Möglichkeiten geben, in Teilzeit studieren zu können. Darauf solle die Landesregierung bei den Verhandlungen mit den Hochschulen über die künftigen Zielvereinbarungen hinwirken, die ab 2014 gelten sollen. Nach Auskunft der Landesregierung bietet bisher nur die Fachhochschule Kiel Teilzeitstudiengänge an. Da im Hochschulgesetz von 2007 aber „ausdrücklich die Möglichkeit geschaffen“ worden sei, Studiengänge in Teilzeit anzubieten, seien nun auch die anderen Hochschulen im Land in der Pflicht, so die SPD.

Thema Frauenhäuser: Die Linke fordert, dass es zwischen den Ländern einen Kostenausgleich geben muss, wenn Frauen über Ländergrenzen hinweg diese Einrichtungen in Anspruch nehmen. Mit diesem Thema sollen sich auch die Gleichstellungsminister der Länder auf ihrer diesjährigen Konferenz beschäftigen. In Schleswig-Holstein gibt es derzeit noch 16 Frauenhäuser, zum nächsten Jahr sollen zwei Häuser in Wedel und Lübeck geschlossen werden.

TOP 26 Programm "Soziale Stadt" erhalten, Antrag der Fraktion der SPD (Drs. 17/1366), geplanter Aufruf 15:00 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die SPD protestiert gegen die Kürzungen beim Programm „Soziale Stadt“, die die schwarzgelbe Koalition in Berlin für das laufende Haushaltsjahr beschlossen hat. Die Landesregierung soll sich über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die Mittel ab nächstem Jahr wieder in der gleichen Höhe wie 2010 fließen. Im Bundeshaushalt 2011 stehen nur noch 28,5 Mil-

lionen Euro zur Verfügung – im Gegensatz zu 95 Millionen im Jahr 2010. Die Kappung um 70 Prozent ist Teil der Einsparmaßnahmen bei der gesamten Städtebauförderung.

Zudem fordern die Sozialdemokraten, dass das Geld nicht nur für Baumaßnahmen ausgegeben werden soll, sondern auch wieder für Sozialprojekte wie Nachbarschaftstreffe, Hausaufgabenhilfe oder Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche. Diese Zwecke sind nach den jüngsten Berliner Beschlüssen nicht mehr förderfähig.

TOP 27 Bericht über eine Bundesratsinitiative der Landesregierung bezüglich der Nulltoleranz gegenüber gentechnisch veränderten Organismen im Saatgut, Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/1367), geplanter Aufruf 15:35 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Grünen bringen erneut das Thema Gentechnik in der Landwirtschaft zur Sprache, und sie fordern die Landesregierung auf, ihre Position hierzu im Landtag darzulegen. Anlass ist die aktuelle Debatte über eine Änderung des Gentechnikgesetzes auf Bundesebene. Konkret geht es um die Frage, ob die Null-Toleranz-Linie für gentechnisch veränderte Substanzen im Saatgut aufgeweicht werden soll.

Die unionsgeführten Länder Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein hatten in der letzten Woche im Bundesrat einen Antrag eingebracht, der Gentechnik-Spuren in der Saat erlaubt - bis zur Nachweisgrenze von 0,1 Prozent. Hintergrund: In der EU ist Gentechnik in Saatgut zwar verboten. Bei Importen aus anderen Teilen der Welt kann es aber vorkommen, dass Spuren gefunden werden. Dieser Vorstoß für eine „praktikable“ Lösung beim Umgang mit Gentechnik-Spuren fand im Bundesrat jedoch keine Mehrheit.

Zugleich sprach sich die Länderkammer dafür aus, dass die Bauern bei illegalen Funden von Gentechnik im Saatgut nicht die Leidtragenden sein sollen. Die Mehrheit im Bundesrat forderte, dass Handel und Hersteller, die das Saatgut einführen oder erstmals in Umlauf bringen, auch für die entsprechende Reinheit einstehen sollen. Dies geht auf eine Initiative Bayerns zurück.

TOP 38 Bundesratsinitiative zur Änderung der Konzessionsabgabenverordnung Gas, Antrag der Fraktion B´90/DIE GRÜNEN (Drs. 17/968), Bericht und Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/1310), geplanter Aufruf 16:10 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Gas-Versorger sollen nach Willen der Grünen ausreichend hohe Durchleitungsgebühren bezahlen, wenn sie ihr Heizgas durch städtische Rohre an die privaten Haushalte liefern. Dadurch sollen die angespannten kommunalen Kassen entlastet werden. Mit diesem Vorschlag sind die Grünen allerdings im Wirtschaftsausschuss auf Granit gestoßen: CDU, FDP und SSW waren dagegen, SPD und Linke enthielten sich.

Das Argument der Gegner: Eine hohe Konzessionsabgabe führe zu steigenden Gaspreisen für Verbraucher und Unternehmen in Höhe von mehreren Hundert Millionen Euro. Zudem würde dieser Schritt zu einem Wettbewerbsnachteil für Heizgas gegenüber dem umweltschädlicheren Öl führen, und auch kartellrechtlich sei der Vorschlag bedenklich.

TOP 44 Fortentwicklung des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum (ZPLR), Antrag der Fraktionen von CDU und FDP (Drs. 17/987), Bericht der Landesregierung (Drs. 17/1268), Federführend ist das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, geplanter Aufruf 16:45 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Die Europäische Kommission und das EU-Parlament haben noch keine konkreten Pläne vorgelegt, wie die Gemeinsame Agrarpolitik in der neuen Förderperiode 2014 bis 2020 aussehen soll. Entsprechend könne die Landesregierung auch noch keine endgültige Abschätzung liefern, wie es mit dem schleswig-holsteinischen „Zukunftsprogramm Ländlicher Raum“ weitergeht. Das betont das Landwirtschaftsministerium in einem von CDU und FDP beantragten Bericht.

Es gebe lediglich eine Mitteilung der Kommission aus dem letzten November, in der „eine rentable Nahrungsmittelerzeugung, die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, Klimamaßnahmen und eine ausgewogene räumliche Entwicklung der ländlichen Gebiete“ als Ziele genannt würden. Dem Vernehmen nach will die EU insbesondere die so genannte Zweite Säule der Agrarpolitik stärken, also Investitionen in Umwelt- und Klimaschutz und in die ländliche Infrastruktur. Diese Vorschläge gehen nach Auffassung der Landesregierung „grundsätzlich in die richtige Richtung“. Allerdings werde es dem Land angesichts seiner Haushaltsnot schwerfallen, jede EU-Initiative mitzufinanzieren. Die EU-Kommission will bis Sommer ein „Legislativpaket“ mit Einzelheiten präsentieren.

TOP 45 Anwendungsvereinbarung schließt Privatisierung des UK S-H bis zum 1. April 2015 aus - Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein erhalten, Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses (Drs. 17/1010), Bericht der Landesregierung (Drs. 17/1340), Federführend ist das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, geplanter Aufruf 17:20 Uhr, geplante Redezeit 35 Minuten

Soll das gesamte Universitätsklinikum Schleswig-Holstein (UK S-H) im Jahr 2015 privatisiert werden, sobald der jetzige Haustarifvertrag ausläuft? Oder nur die Gebäude? Bei dieser Variante würden private Investoren die Liegenschaften übernehmen und Neubauten errichten. Das UK S-H bliebe dann öffentlich-rechtlich, müsste aber rund 30 bis 40 Millionen Euro Miete jährlich zahlen.

Die Landesregierung hat Mitte Februar ein „ergebnisoffenes“ Markterkundungsverfahren auf den Weg gebracht, um beide Möglichkeiten auszuloten. Wissenschaftsminister Jost de Jager (CDU) berichtet im Landtag über den aktuellen Stand in dieser heiß diskutierten Angelegenheit.

Die Markterkundung richtet sich dem Regierungspapier zufolge an Bauunternehmen, große Krankenhauskonzerne, Medizintechnik-Unternehmen und Banken. Welche Firmen konkret ihr Interesse bekunden, will die Landesregierung zunächst nicht öffentlich machen. Noch vor der Sommerpause will die Regierung dann ihre Grundsatzentscheidung über das UK S-H treffen und möglicherweise ein Vergabeverfahren einleiten.

Schleswig-Holstein kann den Investitionsstau des Klinikums von rund 700 Millionen Euro nach Überzeugung der Landesregierung nicht aus eigener Kraft bewältigen. Das UK S-H hat zudem 120 Millionen Euro Schulden aufgehäuft. Das Land hat hingegen seine Zuschüsse für die medizinischen Fakultäten und den Betrieb des Klinikums 2010 um 5,4 Millionen Euro auf 127 Millionen Euro reduziert. Der Doppelhaushalt 2011/2012 sieht weitere Kürzungen auf jährlich 122 Millionen Euro vor.

Vorbereitet wurde die Markterkundung mit einem harten Sanierungskurs. Das UK S-H rechnet für das vergangene Jahr laut einer Anfang Februar vorgelegten Bilanz erstmals mit einer „schwarzen Null“, nachdem in den Vorjahren stets ein Minus unterm Strich stand. Kritiker sprechen dagegen von „Bilanzkosmetik“.

Hinweis:

Aktuelle Informationen zu den Themen der Landtagssitzung finden Sie im Internet unter www.sh-landtag.de unter *plenum-online*. Die März-Ausgabe wird voraussichtlich am Nachmittag des Dienstag, 22. März, ab ca. 16:00 Uhr ins Netz gestellt. An den Sitzungstagen bietet *plenum-online* rund eine Stunde nach jeder Debatte eine Zusammenfassung der wichtigsten Informationen und Ergebnisse. Auch über Veränderungen der Tagesordnung sowie zeitliche Verschiebungen werden Sie über den aktualisierten Zeitplan auf dem Laufenden gehalten.

Die Debatten des Schleswig-Holsteinischen Landtages können live im Internet mitverfolgt werden unter ltsh.de/ParlaTV. Der Sender Kiel TV (Offener Kanal Kiel) überträgt die Plenartagung live im Fernsehen und im Internet unter www.okkiel.de.

Reihenfolge der Beratung der 16. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**. Sofern zu den Redaktionsschlusssterminen einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde Anträge gestellt werden, erfolgt eine Anpassung der Reihenfolge der Beratung.

TOP		Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 23. März 2011			
1 A + 20 + 28	Regierungserklärung „Energiepolitik für Schleswig-Holstein - verantwortlich und nachhaltig“ und Anträge: - Beitritt des Landes Schleswig-Holstein zur Verfassungsklage gegen die Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke - Tschernobyl mahnt uns: Atomkraftwerke abschalten!	140	10:00
21 und 22	Bericht und Antrag zur Zukunft der Justizvollzugsanstalten in Flensburg und Itzehoe	35	15:00
6	Gesetzentwurf zur Änderung des Landesentwicklungsgrundsatzgesetzes	35	15:35
18	Rücknahmequote für gebrauchte Energiesparlampen erhöhen	35	16:10
9	Erfahrung mit der Umsetzung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in Schleswig-Holstein	40	16:45
Donnerstag, 24. März 2011			
3	Gesetzentwürfe zur Änderung der Verfassung und zur Änderung des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein	60	10:00
12	Für ein friedliches und solidarisches Schleswig-Holstein	30	11:00
11	Beteiligung des Landes an der Planungsgesellschaft für den Bau einer StadtRegionalBahn (SRB) in der Kieler Region	35	11:30
14 und 30	Anträge: - Ausreichend Studienanfängerplätze sicherstellen - Strukturen für zusätzliche StudienanfängerInnen schaffen	35	12:05
15	Deutliches Bekenntnis für die Universität Flensburg	35	15:00
13 und 46	Anträge: - Schuldner- und Insolvenzberatung stärken - Auswirkung der Liberalisierung des Glücksspiels auf das Suchtverhalten	40	15:35
16	Keine anlasslose Speicherung aller Telefon- und Internetverbindungsdaten	35	16:15
17	Statistiken den Ministerien zuordnen	35	16:50
Freitag, 25. März 2011			
31 und 32	- Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungs- und Berufsabschlüssen - Fachkräftepotenziale besser nutzen	35	10:00
48	Runder Tisch Heimerziehung auf Bundesebene	35	10:35
24	Trennung von öffentlicher Aufgabe / wirtschaftlichen Interessen bei der Genehmigung und Kontrolle von Sondermüllbeseitigung GOES umstrukturieren	35	11:10
25 und 29	- Studium und Familie besser vereinbar machen - Gleiche Chancen und "Tatsächliche Wahlmöglichkeiten" von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft	35	11:45
26	Programm "Soziale Stadt" erhalten	35	15:00

TOP		Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
27	Bericht über eine Bundesratsinitiative der Landesregierung bezüglich der Nulltoleranz gegenüber gentechnisch veränderten Organismen im Saatgut	35	15:35
38	Bundesratsinitiative zur Änderung der Konzessionsabgabenverordnung Gas	35	16:10
44	Fortentwicklung des Zukunftsprogramms Ländlicher Raum (ZPLR)	35	16:45
45	Anwendungsvereinbarung schließt Privatisierung des UK S-H bis zum 1. April 2015 aus - Spitzenmedizin in Schleswig-Holstein erhalten	35	17:20

Zu folgendem Tagesordnungspunkt ist eine Aussprache nicht vorgesehen:

TOP	
7	Wahl des Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen

Zu den Tagesordnungspunkten ohne Aussprache ist eine Gesamtabstimmung vorgesehen (SammelDrs. 17/1400):

TOP	
2	Entwurf eines Gesetzes zum Vierten Medienänderungsstaatsvertrag HSH
4	Gesetzesentwurf zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein und der Kreisordnung
5	Entwurf eines Gesetzes zum Fünfzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
33	Mutter-/Vater-Kind Kuren in Schleswig-Holstein
34	Durchführung der Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen VerwaltungsrichterInnen
35	Durchführung der Wahl der Vertrauensleute für die Wahl der ehrenamtlichen RichterInnen des Flurbereinigungsgerichts
36	Mehrgenerationenhäuser im bisherigen Umfang durch den Bund weiter fördern
37	a) Bundesratsinitiative: Futtermittelrecht wirksam reformieren b) Lebensmittelkette vor Schadstoffen sichern
39	Schleswig-holsteinische Initiativen in Archangelsk unterstützen
40	Stellungnahmen in den Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht
41	a) Verbesserung der Kooperation im Bereich der ambulanten Behandlung b) Flächendeckende hausärztliche Versorgung sicher stellen
42	Flächendeckende Gesundheitsversorgung in Schleswig-Holstein sicher stellen
47	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

8	Ausbildungssituation im Hotel- und Gaststättengewerbe
10	Finanzielle Situation des Landes Schleswig-Holstein
19	Stellungnahme des Landtages zur Dänemark-Strategie
23	Solidarität mit den demokratischen Bewegungen weltweit/ humanitäre EU-Flüchtlingspolitik statt Festung Europa
43	Eine europäische Nordsee-Strategie unterstützen